

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

**Abonnementspreis** für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— M., bei Selbstabholung 5.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— M., für einen Monat 6.— M. — Preis der Einzelnummer 20 Pfg. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4598. — **Postcheckkonto Nr. 53477**

**Redaktion:** Leipzig, Tauchaer Str. 19/21  
Telegraph-Adresse: Volkszeitung Leipzig  
Telephon 13683. — **Verlag in Leipzig,**  
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 4598

**Inseratenpreise:** Die 7 gespaltene Kolonelle oder deren Raum 1.30 M., bei Platzvorschrift 2.30 M.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 1.70 M. Reklame-Kolonelle 7.50 M. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721  
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

## Eine amtliche Mitteilung des Völkerbundes.

Genf, 12. Oktober. Das Völkerbundssekretariat hat heute abend folgende amtliche Mitteilung ausgegeben, worin die für die Versammlung in der oberschlesischen Frage maßgebenden Gesichtspunkte dargelegt werden, ohne daß aber über die Lösung selbst Mitteilungen gemacht werden:

Der Völkerbundsrat hat die Arbeiten über die Festsetzung der Grenze in Oberschlesien beendet. Bei der Prüfung des Problems mußte auf Grund der Bestimmungen des Vertrages der Völkerbundsrat sowohl die in der Volksabstimmung ausgedrückten Wünsche der Bevölkerung, wie auch die wirtschaftliche und geographische Lage in Betracht ziehen. Eine ernste Schwierigkeit ergab sich daraus, daß die Bewohner, die für Deutschland stimmten, mit den Bewohnern, die ihre Stimme für Polen abgaben, miteinander vermischt leben, und zwar in einem Verhältnis, das zwar nicht immer das gleiche, aber in nicht beschränkter Lande doch sehr beträchtlich ist, und zwar sowohl unter wirtschaftlichen als auch geographischen Gesichtspunkten.

Eine Grenze war undenkbar, welche die Bewohner, die für Deutschland gestimmt hatten, nicht an Polen gegeben hätte, so daß dem Rat kein anderer Ausweg blieb, als diesen Fall dadurch zu verringern, daß er die Grenze so sehr wie möglich dem Abstimmungsergebnis anpaßte. Eine derartige Grenzlinie hätte jedoch die Gebiete zerschnitten, die industriell eng voneinander abhängen.

Die Aufstellung einer neuen Grenze in dem Gebiet, das sich wirtschaftlich unter denselben Gesichtspunkten und mit denselben Bedingungen entwickelte, müßte auf beiden Grenzseiten die verhängnisvollen Folgen haben. Das wäre auch hier der Fall gewesen, wenn die Errichtung der neuen Zollgrenze die Auflösung der öffentlichen Betriebe, wie der Bergwerke, den Umlauf des deutschen Geldes und das Inkrafttreten einer neuen bürgerlichen und industriellen Gesetzgebung, mit sich gebracht hätten. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten könnten unmöglich nur durch eine leichte Abänderung einer einzig auf Grund der Volksabstimmung errichteten Grenze behoben werden. So gibt es Gebiete, in denen die Abstimmung der einen oder andern Nation ein zweifelloses, wenn auch nicht überragendes Übergewicht sicherte. Selbst wenn man nun diese Gebiete nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten und nicht auf Grund der Volksabstimmung geteilt hätte, würde die Grenze aufs engste miteinander verknüpfte wirtschaftliche Gruppen zerschneiden. Der Rat sah sich daher folgender Lage gegenüber:

„Eine Grenze, die nicht das Industriegebiet zerschneidet, hätte die Hoffnungen und Wünsche von nicht etwa einer kleinen Mehrheit in unwichtigen Gebieten, sondern von der entscheidenden Mehrheit in sehr wichtigen Gebieten vernichtet. Tatsächlich hat nun aber die Volksabstimmung diese Hoffnungen und Wünsche nicht nur zerschlagen, sondern auch ermutigt. Das waren die dem Problem innewohnenden Schwierigkeiten. Mit der Prüfung des Problems beauftragte der Rat zunächst einen Ausschuss, der sich aus vier Ratsmitgliedern zusammensetzte, und zwar aus den Vertretern Belgiens, Brasiliens, Chinas und Spaniens.

Seine Arbeiten überzeugten den Ausschuss davon, daß diese Frage nicht dadurch gelöst werden könne, indem eine einfache Grenzlinie aufgestellt werde, entweder ausschließlich auf Grund der Volksabstimmung oder auf Grund wirtschaftlicher Überlegungen oder infolge eines Ausgleiches zwischen den beiden Methoden. Hätte man ohne eine andre Bestimmung die Grenze nach einer dieser Methoden aufgestellt, so wäre man zu den verhängnisvollsten Entscheidungen gelangt. Infolgedessen beschloß der Vierterat nach gründlichem Studium, eine neue Grenzlinie zu empfehlen und vorzuschlagen, daß während einer bestimmten Periode Garantien gegen jede Vernichtung der gegenwärtigen wirtschaftlichen Verbindungen geboten werden, wobei diese Periode lange genug währen müsse, um eine vollständige und wirksame wirtschaftliche Anpassung zu ermöglichen. Allgemein anerkannte Sachverständige und Fachleute würden damit beauftragt, gleichfalls die notwendigen wirtschaftlichen Bestimmungen zu studieren. Die betreffenden Personen gehörten den technischen Organisationen des Völkerbundes an und unterlagen keinerlei Einflüssen, sowohl was ihre Nationalität als auch die Politik der Behörden betrifft, wovon sie ernannt wurden. Sie wurden von den vier Ratsmitgliedern aufgefordert, die allgemeinen Maßnahmen zu untersuchen, welche die Fortführung des Wirtschaftslebens in Oberschlesien sichern und die Schwierigkeiten der Ubergangsperiode auf ein Mindestmaß beschränken. Die Projekte, worin die betreffenden wirtschaftlichen Bestimmungen vorgeschlagen werden, sehen in langen Perioden, in gewissen Fällen für 15 Jahre, eine Reihe von Vereinbarungen vor. Diese Vereinbarungen beziehen sich auf unparteiliche gerechte Regelung der Eisenbahnfrage, der Wasser- und Elektrizitätsversorgung, der Zollfreiheit für zahlreiche Erzeugnisse, wie Kohlen, und Zink, die Beibehaltung der deutschen Mark als gesetzliches Zahlungsmittel in den an Polen abgetretenen Gebieten. Der Rat schlug gleichzeitig vor, mit der Annahme dieser Projekte

Garantien für die politischen Minderheiten, da er hierin eine wesentliche Ergänzung einer politischen Grenzführung erblickt.

## Die Schlußsitzung des Völkerbundes.

Genf, 12. Oktober. Die Tagung des Völkerbundsrats über die oberschlesische Frage ist heute zu Ende gegangen. Gegen 6 Uhr abends unterzeichneten die Mitglieder des Rats das Schlußprotokoll. Heute abend reist ein besonderer Kurier nach Paris, um dem Präsidenten des Obersten Rats Briand das Gutachten des Völkerbundsrats zu überbringen.

Am Schluß der letzten Ratssitzung hielt Baron Jöhli, Präsident der Tagung für die oberschlesische Frage, folgende Ansprache: „Meine Herren, der Völkerbundsrat schließt sich glücklich bei der Lösung einer der schwierigsten und verwickeltesten Fragen angelangt zu sein. Er hat — davon bin ich überzeugt — eine der wichtigsten Aufgaben, die ihm aufgetragen waren, mit Erfolg (?) durchgeführt. Es ist dies eine entscheidende Stunde im Leben des Völkerbundes. Gestatten Sie mir, bei dieser feierlichen Gelegenheit im Namen meiner französischen, englischen und italienischen Kollegen wie auch in meinem eigenen Namen unsern vollen Respekt und unsern Dank an Brasilien, China und Spanien dafür zu danken, daß sie dem Rat ihre wertvolle Hilfe gewährt haben. Das Ergebnis ihrer Arbeiten ist vom Geiste der Gerechtigkeit und hohen Unparteilichkeit erfüllt. Gleichzeitig kann ich nicht umhin, den ehrenwerten Vertretern Englands, Frankreichs und Italiens meinen aufrichtigen Dank auszusprechen. Sie haben trotz der großen nationalen Interessen, die auf dem Spiele standen, eklatante Beweise ihrer Verantwortlichkeit gegeben. So ist es uns gelungen, eine glückliche Lösung des Problems zu erzielen. Schließlich bitte ich Sie, meinen persönlichen tiefgefühlten Dank dafür entgegenzunehmen, daß Sie mir die unverdiente Ehre erwiesen haben, bei dieser denkwürdigen, nunmehr geschichtlichen Sitzung über die oberschlesische Frage zu präsidieren, deren soeben erfolgte Lösung nicht verfehlt wird, in hohem Maße zur Erhaltung des Friedens in Europa und in der Welt beizutragen.“

Es ist reichlich viel Lob, welches der japanische Baron sich und dem Völkerbund in dieser für die Entwicklung der oberschlesischen Frage gewiß „denkwürdigen“ Sitzung widmet. Inwieweit dieses Urteil gerechtfertigt ist, darüber wird die Geschichte entscheiden.

## Die neue Grenzlinie.

Paris, 12. Oktober. Der Genfer Korrespondent des Temps teilt mit: Die Grenzlinie in Oberschlesien, die der Völkerbundsrat vorzuschlagen beabsichtigt, scheint jetzt wie folgt zu verlaufen:

1. Polen erhält die beiden südlichen Kreise Pisch (Insgesamt) und Rybnik (zum größeren Teil).
2. Das Industriegebiet wird unter die beiden Länder geteilt. Deutschland erhält die westlichen Teile des Beckens Gleiwitz und Hindenburg (Hindenburg sowie Beuthen-Stadt); Polen erhält die Kreise Königshütte, Beuthen-Land, Rattowitz-Stadt und Rattowitz-Land.
3. Die beiden im Osten von Oberschlesien gelegenen Kreise Tarnowitz und Lublitz werden in ihrem südlichen Teile Polen, in ihrem westlichen Teile Deutschland zugesprochen.
4. Deutschland erhält die andern oberschlesischen Kreise im Norden, Westen und Zentrum, also Kosenberg, Kreuzburg, Oppeln, Gr.-Strehlitz, Loß, Oberglogau, Reobshüh und Ratibor.

## Eine Kundgebung der Reichsregierung.

Berlin, 12. Oktober. Amtlich wird mitgeteilt: In der heutigen Sitzung des Reichskabinetts gab der Reichsfinanzminister Dr. Brüning der allgemeinen Erregung darüber Ausdruck, daß der Völkerbundrat in Genf, soweit sich aus unwiderleglichen Nachrichten entnehmen lasse, über das oberschlesische Gebiet in einer Weise verfuhr, die weder der durch die Abstimmung klar zutage tretenden Willensäußerung der oberschlesischen Bevölkerung noch den wirtschaftlichen Bedürfnissen des Landes entspricht. Treffen diese Nachrichten zu und fällt der Oberste Rat eine so geartete Entscheidung, so werden deutsche Städte mit allem, was in ihnen an Arbeitswerten und Kulturgütern von deutschem Fleiß und deutschem Geist geschafft worden ist, vom Reiche getrennt und unter Fremdherrschaft gestellt. Diese Voraussetzung würde nicht nur von der Mehrheit der Bevölkerung Oberschlesiens, sondern auch vom gesamten deutschen Volke als Vergrößerung und bitteres Unrecht empfunden werden. Nicht friedliche Entwicklung, sondern unablässige Verunruhigung und Zwistigkeiten würden die Folge sein. Dem deutschen Wirtschaftskörper würde eine unheilbare Wunde geschlagen werden. Zusammenfassend erklärte der Reichsfinanzminister: Falls die Entscheidung so fällt, wie zu befürchten ist, so ist eine neue Lage geschaffen, die die Voraussetzungen einschneidend beeinträchtigt, unter denen die gegenwärtige Regierung die Geschäfte des Reiches übernommen und geführt hat. Eine abschließende Entscheidung wird das Kabinett erst dann treffen können, wenn der Spruch des Obersten Rats amtlich vorliegt. Der Reichsfinanzminister stellte dies als einmütige Auffassung des gesamten Kabinetts fest.

Berlin, 13. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Die Erklärung der Reichsregierung ist offenbar auf dem Wege des Kompromisses zustande gekommen. Vor einigen Tagen bereits, als die ersten bedeutendsten Nachrichten eintrafen, forderten die Minister Brüning und Rathenau den sofortigen Rücktritt des Gesamtkabinetts. Dieser Plan fand keine Mehrheit. Dann ging in einer folgenden Kabinetsitzung die Absicht dahin, eine Erklärung zu veröffentlichen, in der ausdrücklich ausgesprochen werde, daß die Demission erfolgen werde, wenn die oberschlesische Entscheidung ungünstig ausfalle. Dem widersetzten sich die sozialdemokratischen Mitglieder der Regierung und so ist dann schließlich, da doch eine amtliche Erklärung irgendwelcher Art gewünscht wurde, das jetzige Kompromisse zustande gekommen, das wenig sagt, aber alles zwischen den Zeilen lesen läßt.

## Der Stand der oberschlesischen Frage.

Noch immer liegt der endgültige Beschluß nicht vor. Zwar ist die Entscheidung gefallen, aber der Wortlaut derselben ist auch heute noch in tiefes Geheimnis gehüllt, obwohl jetzt, nach welchen Grundlagen die Teilung vollzogen werden soll. Rattowitz, Königshütte und wahrscheinlich Beuthen-Land werden in polnischen Besitz übergehen. Das oberschlesische Industriegebiet würde demzufolge politisch auseinandergetrennt. Obwohl die Sachverständigen in Genf bestrebt waren, die wirtschaftliche Einheit für eine Ubergangsperiode aufrechtzuerhalten, so werden alle diese Maßnahmen nur ein notdürftiges Pflaster sein, um den Zerfall nicht sofort eintreten zu lassen.

Der Völkerbund ist nach den Ausführungen des japanischen Barons Jöhli stolz auf seine salomonische Entscheidung, die alle Schwierigkeiten, die sich in der Lösung der Frage ergeben haben, in Berücksichtigung ziehe. Immerhin, wenn der Völkerbund glaubt, durch diese Entscheidung den Beweis seiner Gütlichkeit erbracht zu haben, so ist das eine höchst eigenartige Beweisführung, wenn man den Frieden zwischen den Völkern dadurch begründen zu können glaubt, indem man erneuten Unfrieden sät. Die mit Bestimmtheit zu erwartende Lösung schafft eine neue Irredenta, ein neues Elsaß-Lothringen, das die nationalpolitischen Schreitritte auf Monate hinaus mit willkürlichem Agitationsstoff versorgen wird. Die nationalpolitischen Wogen werden bergeshoch gehen und weite Kreise des Volkes werden den nationalpolitischen Rattenfängern nachlaufen, ihnen ein breites Forum schaffen, auf dem sie ihre Weisheiten an den Mann zu bringen vermögen. Seit den Tagen von London hatten sich die Gemüter einigermaßen beruhigt. Wenn auch niemals zu erwarten war, daß die reaktionären Kreise um Hergt und Kahl sich der Logik der Tatsachen wehren würden, so war doch in weiten Kreisen eine Ernüchterung eingetreten. Das Wiesbadener Abkommen wurde zwar nicht ohne Widerspruch, aber immerhin als Notwendigkeit, als erster Schritt einer Wiederverständigung hingenommen. Die alldutschen Wähler vermochten den sonst üblichen Entrüstungsummel nicht zu entsagen. Nun kommt der Völkerbund, der nach seinem geistigen Vater Wilson der Garant für einen dauernden Frieden der Völker werden sollte, und nährt von neuem die wüste Propaganda, ohne die die deutschen Nationalisten nicht zu leben vermögen. Der Oberschlesien-Rummel wird eine neue Auflage erleben. In München haben sich bereits alle Parteien zusammengefunden, um die Einheitsfront von Auer bis Rahr herzustellen in dem gemeinsamen Protest gegen die Entscheidung in Oberschlesien. Auch wir protestieren gegen die Unvernunft des Beschlusses von Genf. Er ist politisch und wirtschaftlich für Oberschlesien von katastrophaler Wirkung, für die Entwicklung der Verhältnisse im Reiche von einschneidender Bedeutung und obendrein ist heute die Zukunft der oberschlesischen Industrie im Wirtschaftsverband Polens höchst zweifelhaft. Haben wir das erkannt, dann ist unsere fernere Aufgabe, gegen die Durchführung des Beschlusses mit allen Mitteln anzukämpfen und seine Unmöglichkeit darzulegen. Gerade in der Behandlung einer nicht minder einschneidenden Frage, des Reparationsabkommens, zeigt sich heute mehr und mehr, daß gerade unsere Gegner auf dem besten Wege sind, seine Wirkung nicht unwesentlich abzuschwächen, da insbesondere England, wenn nicht finanziell, so doch wirtschaftlich gemeinsam mit uns die Kosten zu tragen hat. Darum wenden wir uns mit aller Entschiedenheit gegen den nationalpolitischen Entrüstungsummel und warnen erneut die Arbeiterklasse, sich für derartige Zwecke nicht einzusetzen zu lassen. Inwieweit die nationalpolitischen Politiker bereits in den Köpfen der Arbeiter Einfluss bekommen haben, zeigt eine Erklärung von oberschlesischen Rechtssozialisten, die in aller Offenheit ihre Führer ersuchen, „die Vertreter im Reichskabinett niederzuliegen und zu erklären, daß die sozialdemokratische Partei als Vertreterin der arbeitenden Bevölkerung die Verantwortung für die Zustimmung zu einer solchen Entscheidung nicht zu tragen vermag.“ Auch wir sind weit entfernt davon, die „Zustimmung“ zu einer solchen Entscheidung zu geben, nichtsdestoweniger aber vermögen wir durch eine derartig nationalpolitisch orientierte Politik den nationalpolitischen Schreitritten die Wege zu ebnen, damit sie endlich in die Sättel kommen, die sie nur allzu gern reiten möchten. Sie wollen den nationalpolitischen Rummel befeuern, um Hefferrich und Stresemann in die Ministerseffel zu bringen. Sie tragen sich mit dem Gedanken, zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen. Die Absichten der Nationalisten sind nur allzu bekannt, und schon diese Tatsache müßte einen jeden Arbeiter warnen, auf den Rummel der alldutschen Revanchepolitiker hineinzufallen.

Erfreulicherweise hat das Reichskabinett, nachdem es seit Montag beinahe in Permanenz tagte, eine Kundgebung gefaßt, die zwar ein Kompromiß, immerhin aber die Demonstrationenpolitik, die die Demokraten gern eingeschlagen hätten, vorläufig noch ablehnt. Die Demokraten wollten, nach ihrem bekannten